



Peter Rohland

Vielfalt als Chance – für eine zukunfts-gerechte kommunale Kohäsionspolitik

Welchen politischen Ansatz verfolgt der vhw? Wie kann dieser kommunale Kommunikations- und Kohäsionspolitik unterstützen?



Spätestens seit der Verabschiedung der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt ist die Zivilgesellschaft in das Blickfeld der Stadtentwicklungspolitik geraten. Denn das in dieser Charta formulierte Leitbild der integrierten Stadtentwicklung fordert nicht nur eine Koordinierung zentraler städtischer Politikfelder in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht, sondern auch die Einbeziehung des zivilgesellschaftlichen Sektors und damit des Bürgers in den stadtentwicklungspolitischen Diskurs. Wer also mit diesem akteursübergreifenden Ansatz auf den Bürger als „Koproduzenten“ von Stadt setzt, der muss sich – so das Credo des vhw – um die Emanzipation des Bürgers in diesem Diskurs bemühen, d. h. die Stadtentwicklungspolitik nicht nur für, sondern von und mit dem Bürger gestalten wollen.

Der Verband verfolgt diese Aufgabe, indem er die Stadtgesellschaft in den Mittelpunkt seiner Bemühungen stellt. Er hat hierzu vor vier Jahren – nach einem intensiven Diskurs in seinen Gremien – eine Roadmap auf den Weg gebracht. In dieser Roadmap wird das Ziel formuliert, die Kommunikation sowie den Dialog und die Entscheidungsverfahren, in denen die spezifischen Gemeinwohlkompetenzen dieser Akteure zusammengeführt und für das „Stadtwohl“ fruchtbar gemacht werden, in den Mittelpunkt zu stellen. Der vhw hebt hierbei insbesondere die Vielfalt der Stadtgesellschaft als ein Potenzial für eine zukunftsfähige Stadtpolitik hervor, die es zu aktivieren gilt.

Für die Transformation der in der Roadmap formulierten Ziele wurde ebenfalls vor vier Jahren ein Städtetzwerk eingerichtet, das zurzeit 15 Städte umfasst. Dazu zählen Städte aus allen Regionen der Bundesrepublik, Städte mit unterschiedlichen Größenstrukturen und unterschiedlichen Herausforderungen. Beispielhaft genannt seien hier die Städte Kiel, Hamburg, Mannheim, Saarbrücken, Nürnberg und Ludwigsburg.

Die Rückkehr des Sozialen

Im Diskurs um eine zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik kommt der sozialen Frage und damit auch der Frage nach zukunftsfähigen kommunalen Kohäsionspolitiken eine immer größere Bedeutung zu. Das belegt nicht zuletzt die von Wilhelm Heitmeyer verantwortete Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ (Band 10, 2011), die versucht, den sozialen Zustand unserer Gesellschaft in Zahlen zu fassen: Danach gehen 74% der Menschen in unserer Gesellschaft davon aus, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet, und mehr als die

Hälfte waren der Meinung, der Zusammenhalt in Deutschland sei gefährdet. Die Studie diagnostiziert zugleich ein abnehmendes „Vertrauen“ in Institutionen, Politik und Mitbürger, fehlende Solidarität in der Stadtgesellschaft und das Gefühl mangelnder Teilhabegerechtigkeit am sozialen Leben und an den Entscheidungsprozessen der Kommunen. Die Ursachen für diesen Befund sind vielfältig und sollen hier nur knapp skizziert werden:

- der Anstieg unterschiedlicher Lebensentwürfe und Stile, die sogenannte „Individualisierung“;
- die starke Zunahme von Wanderungsbewegungen innerhalb und zwischen den Staaten mit der Folge sich rasch verändernder Zusammensetzungen der Bevölkerung in vielen Städten – der Umgang mit kultureller und Werte-Vielfalt wird zur großen Herausforderung;
- neue Anforderungen sind im Zuge der Globalisierung in der Arbeitswelt entstanden: Flexibilität, Mobilität usw. mit der Folge abnehmender lokaler Bindungen;
- die materielle Abkoppelung eines erheblichen Teils gerade der urbanen Bevölkerung, die sich auf hohem Niveau stabilisiert hat;
- die soziale Desintegration in den Städten verbunden mit Diskriminierungserfahrungen, mit der Herausbildung von Problemgebieten, Parallelgesellschaften und „überforderten Nachbarschaften“.

Damit einher geht eine soziale Selektion im Bereich der politischen Partizipation. Vor allem Personen aus den unteren Bildungs- und Einkommenschichten sind überzeugt, dass Politik sich nicht um ihre Interessen kümmert und dass sie keinen Ein-



fluss auf das Regieren haben. Je prekärer die sozialen Lebensverhältnisse in einem Stadtteil, desto geringer fällt die Wahlbeteiligung aus. Soziale Ungleichheit führt zur politischen Ungleichheit oder mit Bertelsmann plakativ formuliert: „Wird Deutschland eine Demokratie der Besserverdienenden?“ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sucht der vhw Antworten auf die beiden sozialen Fragen, die sich im Diskurs über die Zukunft der bundesrepublikanischen Gesellschaft herauskristallisiert haben: **Was hält die Gesellschaft zusammen und wie viel Vielfalt verträgt sie?**

Eine Antwort auf die Frage nach Zusammenhalt in Vielfalt muss sich zunächst um ein aktuelles Verständnis vom Begriff des sozialen Zusammenhaltes bemühen. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass sozialer Zusammenhalt im öffentlichen Diskurs ein schillernder Begriff ist, der auch in politischen Debatten weitgehend unbestimmt bleibt. Er ist keine Tatsache und kein erreichbares Endziel, sondern ein politisch-sozialer Prozess, getragen von sozial-moralischen, lebensweltlich-kollektiven Einstellungen und Verhaltensweisen, die man nach Durchsicht verschiedener Erklärungsansätze aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich wie folgt beschreiben kann:

- Vertrauen in (soziale) Institutionen, Politik und Mitbürger,
- Teilhabe am sozialen Leben und an den politischen Entscheidungsprozessen in den Kommunen,
- Engagement für das Gemeinwohl.

Vor dem Hintergrund dieser Konturierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird deutlich, dass lokale Kohäsionspolitik darauf abzielen muss, den Bürgern ein Vertrauen in die öffentlichen Institutionen zu vermitteln und ihnen eine Chance aufzuzeigen, wie sie in der lokalen Gesellschaft aktiv ihren Platz finden können. Die Antwort auf die Frage nach „Zusammenhalt in Vielfalt“ bleibt aber letztlich davon abhängig, wie viel Gleichwertigkeit verschiedenen sozialen Gruppen zugebilligt wird und inwieweit ihre soziale, politische und ökonomische Integration gewollt ist. Es geht hierbei stets um die Frage, welche Gruppen von der Mehrheitsgesellschaft als legitim, gleichwertig und normal oder aber als störend, ungleich, abweichend oder sogar bedrohlich wahrgenommen werden. Aus der Einstellung der Mehrheitsgesellschaft ergibt sich die Antwort, ob migrantische Vielfalt als Bedrohung oder als Chance wahrgenommen wird.

Welchen politischen Ansatz verfolgt der vhw?

Welchen verbandspolitischen Ansatz der vhw verfolgt, wird aus der Roadmap des vhw deutlich: Wer in der Vielfalt der Stadtgesellschaft – und damit auch in ihrer migrantischen Vielfalt – ein Potenzial für eine zukunftsfähige Stadt(entwicklungs)politik sieht, der hat sich von dem defizitorientierten Traditionslinien in der Integrationspolitik verabschiedet hin zu einem ressourcenorientierten Ansatz.

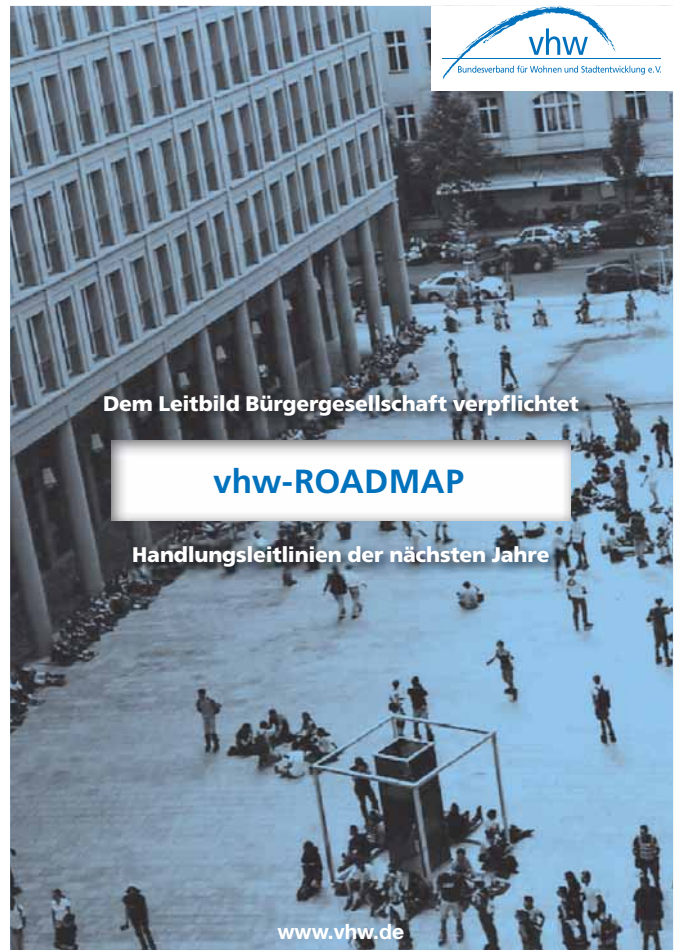


Abb. 1: Roadmap des vhw

Mit Blick auf die Integrationspolitik der Bundesrepublik soll die Position des Verbandes ausführlicher begründet werden: Wer – wie der vhw – im weiten Feld der Stadtentwicklung unterwegs ist, bewegt sich in einem Raum, dessen sozial-räumliche Form durch zwei qualitative Merkmale gekennzeichnet ist – nämlich Dichte und Heterogenität. Kein Geringerer als Georg Simmel hat aus der hieraus resultierenden urbanen Lebensweise einen besonderen Modus städtischer Integration beschrieben, der anders als die Integrationsleistungen dörflicher Gemeinschaften nicht auf Homogenität setzt, sondern auf das Ertragen von Differenz. Ertragen von Differenz setzt eines voraus: Vielfalt und damit auch die migrantische Vielfalt der Stadtgesellschaft.

Dieses „Ertragen von Differenz“ bzw. der Umgang mit Vielfalt hat – bezogen auf die migrantische Perspektive – in der politischen Rhetorik und in den politischen Konzepten eine mehrfache Wandlung erfahren. Bis weit in die 1960er Jahre hinein sprach man von einer „Ausländerproblematik“, der mit einer Assimilationspolitik begegnet wurde. Hierbei ging es um eine nachträgliche Sozialisation in die Zivilisation der Bundesrepublik Deutschland. In kritischer Auseinandersetzung mit dieser Politik – die zentralen Stichworte sind in diesem Kontext „Ausgrenzung“ und „Diskriminierung“ – wurde diese in den



1980er Jahren reformuliert. Man sprach und spricht auch heute noch von der „Herausforderung der Integration“. Integration wird von weiten Teilen der Politik und der Öffentlichkeit nach wie vor als die Eingliederung (neuer) Bevölkerungsgruppen in bestimmte Sozialstrukturen einer Aufnahmegesellschaft/Mehrheitsgesellschaft verstanden. Es geht also darum, wie diejenigen, die dazugekommen sind, in diese Gesellschaft „eingefädelt“ werden.

Gegen dieses Integrationskonzept wird seitens der Politik und der Sozialwissenschaften unter Hinweis auf die damit verbundenen diskriminierenden und rassistischen Konnotationen und mit Blick auf eine gesellschaftliche „Wir-Ihr“-Polarisierung zunehmend ein Unbehagen formuliert. Dieses Unbehagen mündet letztlich in dem Vorwurf, traditionelle Integrationspolitiken in dem oben beschriebenen Sinne seien „Normalisierungs- und Disziplinierungsregime“, die all jenes, welches sich nicht in eine Vorstellung des „Normalen“ und mithin „Richtigen“ fügt, ausschließt und/oder marginalisiert. Auch in der Alltagssemantik wird Integration allzu oft als Anpassung an Bestehendes und zu selten als Entstehung von etwas Neuem begriffen. Sind nicht zwischen den Polen der Assimilation und der Segregation ganz unterschiedliche Formen des sozialen Einschlusses denkbar? Muss nicht die Bedeutungsspanne des Begriffs Integration neu vermessen werden? Erfolgt Integration immer „in etwas hinein“? Besteht also die Einheit schon, in die integriert wird oder soll? Oder sind unterschiedliche Sicht-, Denk- und Handlungsweisen zu integrieren, so dass sie zu einer „neuen sozialen Einheit“ werden?

Wer – wie der vhw – in seiner Roadmap die Stadtgesellschaft in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt und hierbei explizit in der migrantischen Vielfalt ein Potenzial für eine zukunftsgerechte kommunale Kohäsionspolitik sieht, kommt mit dem traditionellen Integrationsverständnis nicht weiter. Notwendig ist eine neue Perspektive. Diese neue Perspektive als Grundstein künftiger Kohäsionspolitik ist aus Sicht des Verbandes die Perspektive der Inklusion.

Was meint der Begriff der Inklusion?

Ein Blick in die Medien genügt, um festzustellen, dass der Begriff Inklusion in der Diskussion über die Frage „Wie stelle ich soziale Anschlussfähigkeit her?“ derzeit Konjunktur hat und den traditionellen Integrationsbegriff aus dem Zentrum der Klärung von sozialer Anschlussfähigkeit verdrängt. Das Schwierige am Inklusionsbegriff ist allerdings, dass mit ihm unterschiedliche Vorstellungen verbunden sind, die auf wenigstens drei Wurzeln zurückzuführen sind: die soziologische Systemtheorie, die Armuts- und Ungleichheitsforschung und die integrative Behindertenpolitik. Letztere dominiert zwar den aktuellen Diskurs, nicht zuletzt durch die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die seit März 2009 verbindlich ist. Diese Konvention fordert von Staat und Gesellschaft Inklusion im Sinne einer vollen gesellschaftlichen Teilhabe und

Selbstbestimmung aller Menschen, und zwar ungeachtet „der kulturellen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlechterzugehörigkeit, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, sozialer Herkunft, des Vermögens, der Geburt, des Alters und des sonstigen Status“.

Dieser Inklusionsbegriff der UN-BRK geht von einem neuen Menschen- und Gesellschaftsbild im Umgang mit Vielfalt aus. Er sieht in der Vielfalt eine Ressource, auf die zur erfolgreichen Bewältigung der Herausforderungen unserer Lebensumwelt zurückgegriffen werden kann. Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist die Prämisse, dass wir eine Bewältigung der Anforderungen, die die Lebensumwelt an uns stellt, nicht nur aus uns selbst heraus schaffen. Denn wir alle handeln immer nur vor dem Hintergrund unserer eigenen kulturellen Perspektive, notwendig ist aber mehr als eine Perspektive. Der Inklusionsbegriff geht damit über die formale Gleichstellung hinaus und formuliert einen umfassenden Anspruch: Die Gesellschaft und ihre entsprechenden Funktionssysteme wie Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Recht so zu gestalten, dass es selbstverständlich erscheint, dass alle Menschen sich nicht nur trotz, sondern vielmehr auf Grund ihrer Verschiedenheit darin anerkannt und zugehörig fühlen. Für die Armuts- und Ungleichheitsforschung ist Inklusion die „neue soziale Frage“, die durch Einbindung in die gesellschaftliche Arbeitsteilung (Stichwort: Interdependenz), Einbindung in das soziale Umfeld (Stichwort: Reziprozität) und schließlich durch Teilhabe (Stichwort: Partizipation) einer Lösung zugeführt werden muss. Inklusion ist damit auch eine Frage nach gesellschaftlichen Machtstrukturen und sozialen Exklusionsmechanismen.

Stellt man diesen Inklusionsbegriff dem Integrationsbegriff gegenüber, so lässt sich festhalten: Inklusion zielt auf gesellschaftliche Zugehörigkeit von Anfang an. Sie postuliert Zugehörigkeit statt Angleichung. Inklusion geht von der Erwartung des Menschen an die Gesellschaft aus, alles dafür zu tun, dass der Einschluss gewährleistet ist, beschreibt also die Gewährleistung und Zugehörigkeit als eine Bringschuld der Gesellschaft. Demgegenüber werden im Integrationskonzept die Änderungs- und Anpassungsanforderungen stärker den Migranten auferlegt. Es fordert ein aktives Tun, versteht eine Eingliederung als eine Bringschuld der Menschen mit Migrationshintergrund.

Der Historiker Andreas Rödder sieht im gegenwärtigen Diskurs über die Inklusion einen politisch-kulturellen Paradigmenwechsel. Er spricht „von einer Kultur der Inklusion, die an liberale Vorstellungen von Emanzipation anknüpft und zugleich einen Gegenentwurf darstellt, der nicht zuletzt ein anders akzentuiertes Verständnis von Freiheit verfolgt: An Stelle des Primats selbst verantworteter Leistung, auf der das liberale Gesellschaftsmodell beruht, setzt die Kultur der Inklusion in erster Linie auf Nachteilsausgleich, Gleichstellung und moderierte Vielfalt. Es gilt, die Gesellschaft im Sinne der Gleichstellung bestimmter Gruppen zu gestalten.“ (Rödder 2014)



Die Grundvoraussetzungen für ein Inklusionskonzept

Wer – wie der vhw – als Grundstein für eine soziale kommunale Kohäsionspolitik wenn nicht auf eine „Kultur der Inklusion“, so doch auf eine Perspektive der Inklusion setzt, muss zunächst ihre Bedingungsfaktoren identifizieren. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist die Anerkennung der migrantischen Vielfalt als Bestandteil sozialer Wirklichkeit. Die in der migrantischen Vielfalt liegende Andersartigkeit bzw. Fremdheit ist ein inhärentes Prinzip der modernen städtischen Gesellschaft. Gleichwohl gilt für den Tatbestand der Andersartigkeit bzw. Fremdheit – wie Dirk Lange, Mitglied des externen Expertenkreises des Städtenetzwerkes und Inhaber des Lehrstuhls für migrationspolitische Bildung an der Universität Hannover es formuliert hat: „Der Fremde ist nicht per se fremd – fremd wird er gemacht, der Fremde wird von der hegemonialen Kultur genutzt und manchmal erst kreiert, um sich des Eigenen durch Kontrastierung zu versichern. Denn die Bildung einer Identität des Eigenen bedarf der Abgrenzung von etwas Anderem. Die Mehrheitsgesellschaft benötigt ein Bild vom Fremden, um die eigene Zusammengehörigkeit zu ‚sichern‘.“ (Lange 2009, S. 174)

Die Andersartigkeit bzw. Fremdheit entsteht also durch die vorherrschenden Werte und Maßstäbe der Mehrheitsgesellschaft und ist kein objektiver Umstand, sondern eine hergestellte Konstruktion. Damit verfügt die Mehrheitsgesellschaft aber über ein Denkkonzept, das unter dem Aspekt der Macht „Über“- und „Unter“-legenheit legitimiert und aufrechterhält. Eine grundlegende Gelingensbedingung für ein Inklusionskonzept ist eine sich diesen Umstand zu eigen machende Selbstreflexion, d. h. eine kritische Perspektive auf die eigenen historischen und soziokulturellen Eingebundenheiten und Befangenheiten sowie auf die gegenwärtigen Herrschaftspraktiken und Machtstrukturen. Dies setzt interkulturelle Bildung voraus. Denn diese geht davon aus, „dass interkulturelle Verständigung zwangsläufig durch die Kulturgebundenheit der Interaktionspartner erschwert wird. Deshalb ist es ihr vorrangiges Ziel, den Akteuren die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, um mit Angehörigen anderer kultureller Systeme sinnvoll und erfolgreich interagieren zu können. Nur wer um die Perspektivität der eigenen Deutung weiß, ist in der Lage, fremden Deutungen unvoreingenommen gegenüberzutreten.“ (Lange 2009, S. 167). Dies ist der Ausgangspunkt für eine interkulturelle Kompetenz, die vermittelt, wie mit Angehörigen anderer Kulturen gleichberechtigte Beziehungen aufgebaut und kulturbedingte Konflikte bewältigt werden können.

Interkulturelle Kompetenz bedingt die Fähigkeit zur interkulturellen Kommunikation – eine weitere grundlegende Voraussetzung, um die Perspektive einer „Kultur der Inklusion“ einlösen zu können. Denn es bleibt mit Michel Foucault dabei: „Die Ordnung der Dinge“ wird sprachlich erzeugt. Im Zentrum der Macht steht Sprache. Diskurse beschreiben nicht nur,

sie definieren: Sie legen fest, was „normal“ oder „abnormal“, was als Wahrheit oder Irrtum gilt. Sprache herrscht durch Exklusion, durch Ausgrenzung des Anderen.

Wie unterstützt der vhw ein kommunales Kohäsionskonzept der Inklusion?

Im Wissen darum, dass ohne eine erfolgreiche interkulturelle Kommunikation ein Inklusionskonzept zum Scheitern verurteilt ist, sieht der Verband in seiner Städtenetzwerkarbeit zum Thema „Stärkung der lokalen Kohäsion – Vielfalt als Chance“ seinen Arbeitsschwerpunkt in der Entwicklung von interkulturellen Kommunikationslandschaften im lokalen Raum. In diesem Projekt wird die lokale Kommunikation zwischen Bürgern, Politik, Verwaltung und Institutionen aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet:

- Welche Träger, Formen, Kanäle und Räume der Kommunikation sind anzutreffen?
- Wie werden sie von den verschiedenen Bürgergruppen genutzt und aufgenommen?
- Welche interkulturellen Hürden und Hemmnisse bestehen bei der Kommunikation? Wie können diese Hindernisse gezielt angegangen und überwunden werden?
- Wie können neue Zugänge geschaffen und in kommunalen Kohäsions- bzw. Kommunikationskonzepten gebündelt und umgesetzt werden?

Unter „**kommunalen interkulturellen Kommunikationslandschaften**“ wird in diesem Projekt die Gesamtheit der Akteure in einer Stadt verstanden, die am kommunikativen Geschehen beteiligt sind, ihr kommunikatives Verhalten – und zwar allgemein und zu Themen der Stadtentwicklung sowie die mediale Landschaft vor Ort, d. h. Zeitungen, TV, soziale Netzwerke usw. Auf dieser Basis werden Art, Umfang, Barrieren und sonstige Defizite der kommunikativen Disposition, Verhaltensmuster und Einbindung der verschiedenen Teile der Bürgerschaft in die „Stadtentwicklungs-Öffentlichkeit“ geprüft und bewertet.

Die Arbeit in diesem Projekt setzt sich aus verschiedenen ineinandergreifenden Bausteinen zusammen, die nur stichwortartig angesprochen werden sollen:

- Zunächst erfolgen in den einzelnen Städten qualitative Studien durch Gruppen- und punktuelle Einzelgespräche mit den Milieusegmenten der Bürgerschaft in den Städten. Der vhw greift hier – wie in seiner bisherigen Arbeit – auf die von ihm seit Jahren erprobte Lebensstilforschung auf der Basis der Sinus-Milieus zurück. In diesen Gesprächen werden
 - die Einstellung zum kommunalen Zusammenhalt,
 - das vorhandene oder fehlende Vertrauen in Mitbürger, Kommune und Institutionen und dessen Ursachen,
 - die Einschätzung der eigenen Teilhabe im sozialen und politischen Prozess sowie



- das Kommunikationsverhalten und die Mediennutzung im Allgemeinen und bezüglich der Stadtentwicklungsthemen im Besonderen
- thematisiert. Zu diesem Zweck werden mehrere Stadtentwicklungsprojekte, die aktuell oder kürzlich in den Städten durchgeführt werden bzw. worden sind, als inhaltliche Beispiele eingeführt.
- Ein zweiter Baustein ist der Umgang mit der großen Gruppe der Intermediären. Diese wird, soweit für die Stadtentwicklung von Bedeutung, in dem Projekt identifiziert und hinsichtlich ihrer Relevanz, ihres Selbst- und Außenbildes sowie hinsichtlich ihrer Rolle in den hier behandelten kommunalen kommunikativen Prozessen untersucht. Dabei geht es um Reichweite und Funktion bei Informationen, Kommunikation und Meinungsbildung von und zu Stadtentwicklungsthemen. Darüber hinaus erfolgt eine lokale Netzwerkanalyse, die Art und Umfang der Einbindung der jeweiligen Organisation verdeutlichen soll.
- In einem dritten Baustein ist Untersuchungsgegenstand die Kommune selbst, und zwar ihre Politik und ihre Verwaltung. Dabei geht es sowohl um bestehende kommunale Kohäsionskonzepte bzw. -strategien und deren Gestaltung, Maßnahmen und Wirkung als auch um die direkte Kommunikation von Stadtentwicklungsthemen, Projekten sowie um die Verfahren zur Bürgerbeteiligung.
- In einem weiteren Baustein werden Medien und andere Plattformen untersucht. Dieser Projektbaustein erweitert zum einen die Analyse der zuvor genannten Akteure auf Art, Qualität, Inhalt und Reichweite der jeweils genutzten Medien, Formate und Kommunikationswege. Zum anderen werden die unabhängigen lokalen Medien und Plattformen – Zeitungen, Zeitschriften, soziale Netzwerke, TV/ Radio einbezogen und hinsichtlich Art, Umfang, Qualität, Ausgewogenheit sowie Reichweite von Stadtentwicklungsinhalten untersucht und vergleichend bewertet. Auch hier sollen ausgewählte Projekte der Stadtentwicklung vor Ort den inhaltlichen Hintergrund bilden.
- Schließlich werden die kommunikativen Interaktionen und Vernetzungen untersucht. Welche Bürger werden über welche Kommunikationskanäle und Medien grundsätzlich und thematisch erreicht? Wie vollzieht sich die Meinungsbildung? Wie passen Medien, Formate, Plattformen und Nutzungsgewohnheiten zueinander? Welche Rolle haben die Intermediären für welche Gruppen als Transmissionsriemen und Filter von Stadtentwicklungs-Kommunikation? Welche Potenziale und Defizite lassen sich bei der direkten Kommunikation von Projekten und Themen seitens der Städte feststellen?

Ziel des Projektes ist es, aus dieser Potenzial- und Defizitanalyse in einem weiteren Schritt Handlungsempfehlungen für die Kommunen abzuleiten. Diese können unterschiedliche Bereiche betreffen. Möglich wären zum Beispiel:

- die Nutzung geeigneter Medien und Formate zur interkulturellen Kommunikation von Stadtentwicklungsfragen/-Projekten;
- die engere Zusammenarbeit mit Intermediären, um diese in den Informations- und Kommunikationsprozess einzubeziehen;
- die problemgerechte Ausgestaltung von Maßnahmen zur Teilhabeförderung.

Das Projekt ist nicht mehr als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer „Kultur der Inklusion“ oder bescheidener formuliert zu einem „inclusive turn“. Mit dem Aufbau interkultureller Kommunikationslandschaften muss die Entwicklung interkultureller Kompetenz der Akteure im lokalen Raum einhergehen. Und notwendig ist nicht zuletzt die Umsetzung eines Inklusionskonzeptes in Organisationshandeln. Konkrete Strategien für eine angemessene Organisationsentwicklung sind bisher kaum erarbeitet worden. Es gibt zwar einen in der Pädagogik entwickelten „Index für Inklusion“, der sich auf drei Dimensionen bezieht, die sich schlagwortartig wie folgt zusammenfassen lassen: Inklusive Kulturen – inklusive Strukturen – inklusive Handlungspraktiken. Gemeint sind damit die Formulierung eines Leitbildes und die Analyse und der Abbau von Zugangsbarrieren, die die Teilhabe an den Subsystemen der Gesellschaft verhindern.

Wenn man sich mit der aufgezeigten Inklusionsperspektive den eingangs gestellten Fragen „Was hält die Gesellschaft zusammen und wie viel Vielfalt verträgt sie?“ nähert, lässt sich folgendes Fazit ziehen:

Vielfalt geht alle an: Inklusionspolitik ist keine zielgruppenorientierte Politik für Migranten, sondern richtet sich an alle Bürger und gesellschaftlichen Gruppen.

Vielfalt hat Potenzial: Inklusionspolitik wendet sich ab von den defizitorientierten Traditionslinien der Integrationspolitik hin zu einem kompetenz- und potenzialorientierten Verständnis von Vielfalt als Chance.

Vielfalt ist städtische Normalität: Die Stadtgesellschaft ist eine plurale Gesellschaft. Sie überwindet das binäre Denken (Migranten – Nichtmigranten). Die Menschen in der pluralen Stadtgesellschaft integrieren sich vielmehr in die stadtgesellschaftlichen Funktionssysteme.

Peter Rohland

Vorstand vhw e.V., Berlin

Quellen:

Rödter, Andreas (2014): Wohin führt eine Kultur der Inklusion? FAZ vom 7. Juli 2014, S. 6.

Lange, Dirk (2009): Konzepte politischer Bildung, in: Dirk Lange/Ayca Polat (Hrsg.): Unsere Wirklichkeit ist anders – Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung (bbp-Schriftenreihe Bd. 1001), Bonn 2009, S. 163-175.